

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsstelle: Nachrichten Dresden.
Vertriebspreis: 25 241.
Kur für Nachlieferung: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung (reihaus 1,30 Goldmark, Postbezugspreis für Monat März 3 Goldmark, halbjährlich 16 Goldmark, jährlich 32 Goldmark).
Anzeigen-Preise: Der Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., anherhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Zeile 150 Pfg., anherhalb 200 Pfg., über 10 Pfg. Zusatz. Einmalige Anzeigen werden nicht subventioniert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 40.
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
Postfach 1068 Dresden.

Einmütigkeit der Rechten für Jarres.

Dr. Jarres' spricht in Berlin, Breslau, Hamburg, München, Stuttgart, Karlsruhe und Köln. Proteste in der französischen Kammer wegen der Laingesehe für Elsass-Lothringen. — Spitzen der französischen Presse gegen London.

Jarres verbannt!

Aus den Schreckenstagen der Besatzungszeit.
Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:
Am 20. Januar 1923, wenige Tage nach dem widerrechtlichen Einmarsch der Franzosen und Belgier an die Ruhr, wurde Dr. Jarres durch den Generalstab der einrückenden Armee ausgewiesen. Den Ausweisungsbefehl des kommandierenden Generals beantwortete Dr. Jarres mit folgenden Worten:

„Ich beständige den Eingang Ihres Ausweisungsbefehls vom 20. d. M. und erwidere darauf folgendes: Keiner Macht der Erde kann ich das Recht zugeschrieben, mich aus meiner rheinischen Heimat, in der ich festgewurzelt bin und wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, gegen meinen Willen zu entfernen. Ich darf und werde Ihrem Ausweisungsbefehl deshalb keine Folge geben.“

Dr. Jarres, Oberbürgermeister.

Am Nachmittag des 20. Januar wurde Jarres darauf von den Besatzungsstruppen festgenommen und in einem Kraftwagen fortgeführt. Die Stadtverwaltung und alle Fraktionen der Stadtverordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, protestierten dagegen. Eine von allen großen Organisationen unterzeichnete Protestkunde der Duisburger Bevölkerung nahm Partei für den ausgewiesenen Oberbürgermeister. Diese Kundgebung lautete:

Herr General! Die gesamte Bürgerchaft ist einzig in der Entrüstung über die Ausweisung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Jarres, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Beamtenchaft, freie Berufe, Handel, Handwerk und Industrie sind sehr entschlossen, in der feierlichen Verwahrung gegen diese Maßregel, die sie als einen Schlag ins Gesicht ihrer Bevölkerung empfindet. Einmütig haben wir heute hinter Dr. Jarres gestanden. Wir tun es heute mehr denn je. Seine Ausweisung ist eine Maßnahme im höchsten Grade geeignet, Unruhe und Verwirrung zu erzeugen. Vor den unvermeidlichen Folgen zu warnen, ist unsere Pflicht. Wollen Sie, Herr General, diese vermeiden, so nehmen Sie die Ausweisung zurück. Keine Ausweisung aber, keine Maßnahme der Besatzung kann uns schwanken machen in der Treue zu Reich und Staat, im Gehorsam gegen die deutschen Befehle, gegen die Deutsche Regierung. Unser Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres ist und dafür ein leuchtendes Vorbild und wird es immerdar bleiben.

Duisburg, den 30. Januar 1923.

- Die Niederrheinische Handelskammer.
- Der Arbeitgeberverband Groß-Duisburg.
- Der kaufmännische Einzelhandel Groß-Duisburg.
- Der Innungsansichuh Groß-Duisburg.
- Duisburger Presse.
- Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund.
- Deutscher Gewerkschaftsring.
- Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Deutscher Beamtenbund.
- Die Metzgerei Groß-Duisburg.
- Reichsbund höherer Beamten.
- Duisburger Anwaltsverein.

Die Besatzung war indes nicht zu bewegen, den Ausweisungsbefehl zurückzunehmen. Trotzdem erschien Dr. Jarres am 7. Februar erneut auf dem Rathhaus. Nichts hat ihn davon abhalten können, auch nicht die Verhütung, von neuem verhaftet zu werden. Seine zweite Verhaftung erfolgte noch am gleichen Tage durch die Besatzung auf dem Rathhaus. Wegen Verweigerung wurde er dem belgischen Kriegsgericht zu Wachen zur Verurteilung überwiesen. Am 17. Februar wurde er zu einem Monat Gefängnis verurteilt, in der Verurteilung verhandelt am 7. März zu zwei Monaten. Der Verurteilung folgte die erneute gewaltsame Ausweisung. Jarres begab sich nunmehr nach Elberfeld. Er wurde die Seele des passiven Widerstandes und suchte von Elberfeld aus mit die Geschäfte des Rheinischen Provinziallandbundes zu leiten, dessen erster Vorsitzender er war.

Jarres litt für Ruhr und Rhein und gab beiden von weithin sichtbarer Stellung das Reich zu einem passiven Widerstand, der durch sein heldisches Erleben die Augen der ganzen Welt auf Ruhr und Rhein lenkte und das verlorengegangene moralische Ansehen Deutschlands in der Welt erneut herstellte. Der passive Widerstand an Rhein und Ruhr war das erste deutsche Wunder seit den vielen des Weltkrieges. Die Welt staunte und staunte damals und mußte dann wider Willen zugeben, daß die deutsche Kraft nicht gebrochen war, sondern daß die gewalttätigen Bedrückungen an Rhein und Ruhr nur dazu führten, den nationalen Geist in Deutschland zu erwecken.

Durchhalten bis zur letzten Entscheidung.

(Wachwache unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. März. Gegenüber Andeutungen in der Linkspresse, als sei der überparteiliche Sammellandidat Dr. Jarres nur für den ersten Wahlgang aufgestellt, und als sei damit zu rechnen, daß im zweiten Wahlgang andere Vereinbarungen getroffen werden, kann mit aller Entschiedenheit betont werden, daß

der Reichsbund für eine Sammellandidatur Dr. Jarres selbstverständlich gewillt und entlich offen ist, bis zur Entscheidung an der Kandidatur Dr. Jarres festzuhalten.

Von irgendwelchen Absichten, im zweiten Wahlgang eine andere Kombination vorzunehmen, kann gar nicht die Rede sein. Ob die Entscheidung erst im zweiten oder schon im ersten Wahlgang fällt, läßt sich noch nicht voraussagen. Aus jedem Reichsbund angeschlossenen sind, ihre ganze Kraft bereits im ersten Wahlgang einzusetzen, um eine Entscheidung auszusprechen von Dr. Jarres zu erhalten.

In einer vom Reichsbund zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahl einberufenen Delegiertenversammlung wird heute mittag Dr. Jarres eine Ansprache in der Philharmonie halten. Nach dieser Berliner Veranstaltung wird Dr. Jarres am Freitag in Breslau, am Sonnabend in Hamburg, am Dienstag in München, am Mittwoch in Stuttgart, am Donnerstag in Karlsruhe und am Freitag in Köln sprechen. Eine Ausdehnung des Programms auf weitere Städte war wegen der Beschränkung der Zeit nicht möglich.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands nahmen nachmittags in einer außerordentlichen Vertreterversammlung einstimmig für die Kandidatur Dr. Jarres Stellung. Nachdem Freiherr v. Vietinghoff-Schell, Dr. Otto Kriegl und Professor Freilich v. Krentag, v. Voringhoven gesprochen, konnte General Graf v. d. Goltz nach kurzer Debatte feststellen,

daß sämtliche auf der Tagung vertretenen, angeschlossenen und befreundeten Vaterländischen Verbände einstimmig bereit sind, sich für die Kandidatur Jarres in nachdrücklicher Weise einzusetzen.

Im weiteren Verlaufe der Tagung wurde mitgeteilt, daß der Bund Wiking seinen Anschluß an die Vereinigung vollzogen habe. Der Dozent des Jungdeutschen Ordens teilt mit, daß er seinen Ruf nach der Kandidatur Jarres im Interesse der Erhaltung einer großen nationalen Front zurückweist. Aus demselben Grunde würde er in voller Würdigung der Persönlichkeit des Oberbürgermeisters Dr. Jarres mit allen Kräften in den Wahlkampf für ihn eintreten.

Der Volksparteiliche Beamtentag hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Beamtentag begrüßt die Nominierung des früheren Reichsministers Dr. Jarres als Präsidentschaftskandidaten. Der Beamtentag erblickt in Dr. Jarres eine Persönlichkeit, die geeignet ist, das hohe Amt mit Erfolg zu versehen. Der Beamtentag ist der Meinung, daß die Wahl des Deutschen Reiches auszuüben und empfinden allen Beamten und Lehrern, die ein geselltes Beamtentum als eine Staatsnotwendigkeit ansehen, die Wahl tatkräftig zu unterstützen.

Der Reichsbund Großberlin veröffentlicht im Anschluß an den Aufruf des Reichsbundes an die Berliner Bevölkerung einen Aufruf, in dem es heißt:

Wollt ihr den Vertreter des blutigen Bolschewismus in den Sattel heben? Oder wollt ihr den Vertreter der Barmer Marxisten? Oder wollt ihr eure Stimmen an der ausführenden Wahlkandidatur der Demokraten gespenden? Oder wollt ihr eine Herrschaft Marx, der Seite an Seite mit den kirchlichen Sozialdemokraten lange, lange Monate hindurch inkonsequent die Bildung einer tragfähigen Regierung in Preußen verhinderte? Denkt auch daran: Nicht wählen ist „Arbeitserrat“!

Eine Wahlrede Kellpachs.

München, 16. März. In einer kurzbesuchten demokratischen Versammlung hielt der bayerische Staatspräsident Kellpach seine erste Rede als Kandidat für die Wahl des Reichspräsidenten. Kellpach bezeichnete es als seine Aufgabe, die deutsche Republik mit deutschem Geist und deutschem Volkstum zu erfüllen. Er nannte als Vorbild die germanische Demokratie, die in Amerika, der Schweiz und in England besteht. Wir mühten uns einen Weg bahnen zur arischen deutschen Gemeinschaft. (M. T. P.)

Die ungeklärte Lage in Preußen.

Berlin, 18. März. Auf der heutigen Tagesordnung des Landtags steht die Abgabe einer Regierungserklärung. Angesichts der Haltung des Ministerpräsidenten Marx ist dieser Punkt an sich gegenstandslos geworden, da bei dem Fehlen einer Regierung natürlich auch keine Regierungserklärung abgegeben werden kann. Es besteht aber bei den Oppositionsparteien nicht die Absicht die Verschleppungsversuche mitzumachen. Mit dem ersten Punkt der Tagesordnung steht ein Antrag der Deutschen Nationalen in Verbindung, der die Frage behandelt, ob das Gesundheitsministerium Marx in der Lage ist, noch wichtige Entscheidungen in den Personalfragen zu treffen, wie es gefordert ist. Ueber diesen Antrag kann heute sehr wohl noch diskutiert werden, auch wenn eine Regierungserklärung nicht abgegeben werden kann. Der Ausschussrat hat unter diesen Umständen von sich aus keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, sondern will es der heutigen Vollkammer des Landtags überlassen, ob der erste Punkt der Tagesordnung abzulehnen werden soll oder nicht. Von den Oppositionsparteien wird betont werden, daß die Lage in Preußen keine längere Verschiebung duldet, sondern eine Lösung der Regierungsfrage rasch erfolgen muß.

Berlin, 18. März. In den beiden ersten Märzwochen sind in Groß-Berlin 73 Selbstmorde behördlich gemeldet worden. In über 80 Fällen gibt der Polizeibericht als Ursache Rot und Arbeitslosigkeit an.

Reichspräsidentenwahl und Arbeitnehmerschaft.

Von Paul Krellmann.

Als die Sozialdemokratie Herrn Otto Braun als ihren Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl der Öffentlichkeit präsentierte, schrieb der „Vorwärts“, daß in einem Lande, wie Deutschland, in dem die Mehrzahl der Bevölkerung aus Arbeitern, Angestellten, Beamten, kleinen Kaufleuten usw. besteht, es doch ein Leichtes sein muß, einen Vertreter dieser Schichten auf den Präsidentschaft zu bringen. Diese Darlegungen des „Vorwärts“ zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei bei der Wahl des Reichspräsidenten nicht staatspolitische Gesichtspunkte, sondern klassenpolitische Fragen im Vordergrund stehen. Nun beweisen jedoch die für die einzelnen Parteien bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen, daß die Volkspartei, die der „Vorwärts“ im Auge hat, in ihrer Mehrheit nicht hinter der Sozialdemokratie stehen. Erweitert man diese Zahlen durch die Zahlen hervor, wie viele Volkspartei davon durchdrungen sind, daß nur eine Politik des Ausgleichs der verschiedenen Interessengruppen auf gesunden Grundlagen zum Vorteil für die Allgemeinheit gereichen kann. Und so werden auch bei der jetzt stattfindenden Reichspräsidentenwahl die arbeitnehmenden Schichten den Beweis anzutreten haben, daß sie staatspolitisch denken, als die Sozialdemokratische Partei glaubt ihnen bezugen zu können.

Selbst wenn der Grund, den der „Vorwärts“ für die Kandidatur Braun angibt, daß nur ein Vertreter der arbeitnehmenden Schichten Reichspräsident werden dürfte, höchstwahrscheinlich wäre, so vermischen wir doch immer den Nachweis, was denn Herr Braun bisher in hervorragender Weise für die deutschen Arbeitnehmer, die ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten werden, geleistet hat. Wohl nicht einmal seine intimsten Freunde werden darüber etwas sagen können. Dagegen steht Herr Jarres, der Kandidat des nationalen Deutschlands, seit langem an der Spitze einer großen Industriekadett im Westen, wobei er ohne Zweifel bedeutend mehr Gelegenheit gehabt hat, sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer Zeit zu beschäftigen, als es dem sozialdemokratischen Kandidaten, Herrn Braun, beschieden gewesen ist. An der Spitze eines so großen Gemeinwesens, wie es die Stadt Duisburg ist, hat Dr. Jarres Erfahrungen sammeln können, die ihm als Reichspräsident sehr nützlich kommen werden. Herr Jarres hat bewiesen, daß er Menschen behandeln kann, wie ihm die Sozialdemokratie gewöhnlich behandeln werden. Auch die Franzosen haben, als sie vor 2 Jahren ins Ruhrgebiet einrückten, in dem Oberbürgermeister von Duisburg, Herrn Dr. Jarres, einen Mann kennen gelernt, der auch den fremden Eroberern gegenüber den deutschen Standpunkt zu wahren wußte. Mit Selbstbeherrschung, nationaler Bestimmung und Verstand für die Räte der arbeitnehmenden Schichten kann Herr Jarres nicht abgesehen werden. Deshalb haben auch die deutschen Arbeitnehmer alle Veranlassung, Herrn Jarres, als dem Kandidaten des nationalen Willens, ihre Stimme zu geben.

Es ist das erste Mal, daß das deutsche Volk sich den Mann, der an der Spitze des Deutschen Reiches stehen soll, selbst wählen darf. Die aus der Revolution hervorgegangenen sogenannten Volksbeauftragten hatten seinerzeit das deutsche Volk überhaupt nicht gefragt, ob sie das Staatspräsidenten ergreifen dürfen. Und der jüngst verordnete Reichspräsident Herr Ebert ist ebenfalls nicht vom Volke gewählt worden, obgleich es in der Verfassung vorgeschrieben ist. So hat das deutsche Volk bis jetzt seinen Einfluß darauf gehabt, wer sein Repräsentant vor aller Welt sein soll.

Am 20. März kann es nun endlich seine Stimme selbst ergeben. Das deutsche Volk, das, wie ganz richtig der „Vorwärts“ sagt, überwiegend aus Arbeitnehmern besteht, kann an diesem Tage noch deutlicher als bei den bisherigen Wahlen zum Ausdruck bringen, ob ihm daran gelegen ist, daß es von einem Manne geführt wird, der die Klassenangelegenheiten und zu einer Partei gehört, die das Volk auseinanderreißt, wie das durch die Wahl des Sozialdemokraten Braun augenscheinlich würde, oder ob es einen Mann haben will, der auf nationalem und christlichem Boden steht, und der sich in alle Klassen und Stände, soweit sie überhaupt dazu gerufen sind, zusammenzufassen; das aber ist Jarres. Ihm wird auch die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre Stimme geben müssen, wenn sie mit dazu beitragen will, daß Deutschland sich wieder seine frühere Stellung in der Welt erlangt. Ein Volk, das sich gegenwärtig zerfleischt, das von einem Manne geführt würde, der in internationalen Bedenkungen befangen ist, verhaßt sich selbst seinen Wiederaufstieg. Nur ein Volk, das befreit ist, die Klassenangelegenheiten auszugleichen, und das sich zu seinem Volkstum, zum nationalen Gedanken bekennt, wird in der Lage sein, die staatliche und wirtschaftliche Stärke zu bekommen, die es braucht, um im Rate der Völker mitreden zu können. Das aber liegt in erster Linie im Interesse der Arbeitnehmerschaft; deshalb ist es gerade für diese Kreise von großer Bedeutung, wer am 20. März Präsident des Deutschen Reiches wird.

Die Reichspräsidentenwahl ist keine parteipolitische Angelegenheit und auch keine einer bestimmten Klasse. Sie ist eine Sache des ganzen deutschen Volkes, und die Entscheidung hat am Wahltag nicht darüber zu fallen, ob der Vertreter dieser oder jenes Standes dieser oder jener Partei gewählt werden soll, sondern es soll sich zeigen, ob die nationalen Kräfte in unserem Volke den Sieg über die international eingestellten